

DAK-Umfrage in Bayern: Pflege bleibt Top-Thema vor der Landtagswahl

- **Größter Handlungsbedarf in der pflegerischen Versorgung**
- **Gesundheitliche Versorgung wird positiv bewertet**
- **Klinikreform: Überwältigende Mehrheit in Bayern hält Behandlungsqualität für wichtiger als Wohnortnähe**

München, 14. Juli 2023. Pflege bleibt vor der Landtagswahl in Bayern am 8. Oktober ein Top-Thema. Diesen Schluss zieht Andreas Storm, Vorstandsvorsitzender der DAK-Gesundheit, aus den Ergebnissen einer Forsa-Umfrage im Auftrag seiner Kasse, die er am Freitag in München vorstellt. Unter den Gästen der Veranstaltung „DAK im Dialog“ ist auch der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek. Der Umfrage zufolge machen sich 60 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Bayern Sorgen, dass sie ein Pflegefall in der eigenen Familie finanziell überfordern würde. Die aktuelle Versorgung in der Pflege bewerten sie deutlich schlechter als andere Bereiche wie ärztliche Versorgung und Krankenhausbehandlung. Eine große Mehrheit ist der Meinung, dass Bund und Land mehr für die Pflege tun müssen.

Die Qualität der Gesundheitsversorgung in Bayern beurteilen die Befragten insgesamt mit der Schul-Note 2,8. Fünf Prozent der Befragten halten sie für „sehr gut“ und 41 Prozent für „gut“. Für 34 Prozent ist die Gesundheitsversorgung „befriedigend“. Zwölf Prozent der Bayerinnen und Bayern bewerten die Gesundheitsversorgung als „ausreichend“. Nur wenige halten sie für „mangelhaft“ (sechs Prozent) oder „ungenügend“ (zwei Prozent). „Insgesamt bewerten die Menschen in Bayern die Gesundheitsversorgung als gut aufgestellt“, bilanziert DAK-Chef Andreas Storm beim „DAK im Dialog“.

Anders sieht es in der Pflege aus. Nur neun Prozent halten die Pflege in Bayern für „sehr gut“ oder „gut“. Jeweils etwa ein Fünftel vergibt die Schulnoten „befriedigend“ oder „ausreichend“. 18 Prozent bewerten die Versorgung in der Pflege mit „mangelhaft“ oder „ungenügend“ – Gesamtnote 3,8. Hier finden sich zwischen Stadt und Land kaum

Unterschiede. Auffällig ist allerdings, dass die pflegerische Versorgung von den Älteren etwas besser bewertet wird als von den Jüngeren.

Sorge vor mangelnder Unterstützung im Pflegefall

„Unsere Umfrage zeigt eindeutig: Pflegebedürftige und ihre Angehörigen brauchen dringend mehr Unterstützung. Deshalb muss Pflege ein hoch priorisiertes Top-Thema bleiben“, so Storm. Die Menschen in Bayern sind insbesondere wegen drohender finanzieller Belastungen besorgt. Drei von fünf Befragten in Bayern (60 Prozent) machen sich sehr große oder große Sorgen, dass sie ein Pflegefall in der eigenen Familie finanziell überfordern würde. Nahezu alle Befragten halten es für sehr wichtig oder wichtig, dass die Politik in Berlin und Bayern pflegende Angehörige finanziell stärker unterstützen (98 Prozent). Dabei fällt der Anteil derjenigen, die eine stärkere finanzielle Unterstützung als „sehr wichtig“ ansehen, unter Frauen und mit zunehmendem Alter höher aus. „Es sind schließlich noch immer überwiegend Frauen, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen. Gerade hier hat die Bundesregierung mit dem Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz viel zu wenig getan. Wir brauchen eine viel deutlichere finanzielle Entlastung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen. Damit das Wohnen in den eigenen vier Wänden trotz Pflegebedürftigkeit gelingt, müssen auch wohnortnahe Unterstützungsangebote weiter ausgebaut werden,“ bilanziert DAK-Landeschefin Sophie Schwab die Ergebnisse.

Die Alterung der Gesellschaft und die Ausweitung von Leistungen im Pflegebereich führen zwangsläufig zu höheren Kosten. Dazu haben die Menschen in Bayern eine klare Vorstellung: Drei Viertel (76 Prozent) der Befragten finden, dass die zusätzlichen Kosten für die Pflege künftig (auch) durch Zuschüsse aus Steuern finanziert werden sollten. Deutlich weniger (32 Prozent) sprechen sich für eine Erhöhung der Beiträge der gesetzlichen Pflegeversicherung aus. Kaum jemand will Leistungskürzungen (sechs Prozent).

„Steigende Kosten in der Pflege können nicht ausschließlich durch immer weiter steigende Beiträge gedeckt werden“, sagt DAK-Chef Storm. „Deshalb ist es grundfalsch, dass der Haushaltsbeschluss des Bundeskabinetts in der vergangenen Woche ausgerechnet den Bundesgesundheitsminister am stärksten zum Sparen zwingt. Besonders verheerend ist, dass die Bundesminister Lindner und Lauterbach hierzu die Pflege ins Visier genommen haben. Der Bundesfinanzminister streicht den kompletten Bundeszuschuss für die Pflege und der Bundesgesundheitsminister setzt dafür die Zahlung an den Pflegevorsorgefonds aus – das ist das Gegenteil von nachhaltiger Pflegepolitik.“

Klinikreform: Behandlungsqualität ist wichtiger als Wohnortnähe

Die Krankenhausversorgung wird, wie die medizinische Versorgung insgesamt, mit der Schulnote 2,8 bewertet. Neun von zehn Befragten (90

Prozent) würden sich bei einer planbaren aufwändigeren Behandlung oder Operation für ein Krankenhaus entscheiden, das damit umfassende Erfahrungen hat, aber weiter weg von ihrem Wohnort ist. Dass ihre Wahl auf das Krankenhaus fallen würde, das gut von ihrem Wohnort aus erreichbar ist, aber nicht auf ihre Behandlung spezialisiert ist, geben nur 8 Prozent an. Damit priorisiert die große Mehrheit über alle Befragtengruppen hinweg in dieser Frage die Spezialisierung und die damit verbundene höhere Qualität in der Versorgung gegenüber der Wohnortnähe. „Wer einen aufwändigen medizinischen Eingriff vor sich hat, ist bereit, dafür weiter zu fahren. Das ist sehr gut nachvollziehbar“, sagt DAK-Chef Storm. „Deshalb ist es richtig, wenn Kliniken künftig nicht mehr alles anbieten, sondern sich stärker spezialisieren. Ich hoffe sehr, dass es im Laufe des beginnenden Gesetzgebungsverfahrens eine Verständigung mit allen Bundesländern geben wird.“

Weitere Ergebnisse zur ambulanten Versorgung

Besser als die Gesamtbewertung von 2,8 fällt das Urteil über die hausärztliche Versorgung aus (2,5). Die fachärztliche Versorgung erhält dagegen nur die Gesamtnote 3, wobei es hier auf dem Land schlechtere Bewertungen gibt als in der Stadt.

„DAK im Dialog“ als Austauschplattform über drängende Reformen

Die Veranstaltung „DAK im Dialog“ bietet die Gelegenheit, die anstehenden Herausforderungen in der Gesundheitsversorgung mit entscheidenden Akteuren zu besprechen. Expertinnen und Experten für Gesundheit aus den Landtagsfraktionen von CSU, SPD, Grünen, Freien Wählern und FDP stellen ihre eigenen Visionen zur Gesundheitspolitik zur Diskussion. DAK-Landeschefin Schwab sieht in den Forsa-Ergebnissen wichtige Impulse für diesen Austausch: „So, wie es ist, kann es nicht weitergehen. Wegen der Demographie und dem zunehmenden Fachkräftemangel muss unser Gesundheitswesen grundlegend reformiert werden, insbesondere der Krankenhaus- und Pflegebereich.“

Die repräsentative Bevölkerungsbefragung zur Gesundheitspolitik erfolgte durch das Forsa-Institut. 1.005 nach einem systematischen Zufallsverfahren ausgewählte Bürgerinnen und Bürger ab 18 Jahren in Bayern befragt. Die Erhebung wurde vom 16. bis 25. Juni 2023 durchgeführt.

Die DAK-Gesundheit ist mit 5,5 Millionen Versicherten, davon rund 750.000 in Bayern, die drittgrößte Krankenkasse Deutschlands.